

## Derzeitiger Stand der Theaterdiskussion aus Sicht der Verwaltung

Der Theateraufsichtsrat hat sich auf seiner Sitzung vom 04. November 2014 mit dem vom Intendanten vorgelegten Alternativmodell nicht beschäftigt, sondern sich hierzu auf eine Sondersitzung am 25. November verständigt. Ziel ist es, dann nach einer Diskussion eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen bei der Theaterdiskussion zu geben.

Die drei Gesellschafter des Theaters Vorpommern wollen sich auf der Gesellschafterversammlung am 05. Dezember 2014 zum weiteren Vorgehen abstimmen.

Wie bereits in der letzten Kulturausschusssitzung ausgeführt und auch im Protokoll wiedergegeben, ist mit dem Ministerium und der TOG abgesprochen, dass es nicht möglich ist, bis zum 31.12.2014 eine Grundsatzentscheidung herbeizuführen. Diese ist für den ersten Gremiendurchlauf 2015 vorgesehen. Die Initiative der Bürgerschaftspräsidenten war mit der Verwaltung nicht abgestimmt. Die Verwaltung hat lediglich aus der Zeitung von ihr erfahren. Da es nicht sinnvoll ist, Forderungen aufzumachen, die bereits erfüllt sind, wäre es in Zukunft sinnvoll, sich vor solchen Initiativen mit der Verwaltung abzustimmen.

Es liegt ein neuer Abschlussbericht von METRUM vor. Dieser ist nur teilweise mit den Intendanten abgestimmt. METRUM soll mit den Intendanten allerdings noch weiter an dem Thema arbeiten. Der neue Abschlussbericht soll über die Internetseite des Ministeriums veröffentlicht werden. Soweit die Veröffentlichung von noch weiteren Analysezahlen gewünscht wird, müsste dies zwischen Ministerium, Theater, METRUM und der Stadt abgestimmt werden.

Die Beschlussvorlage der Grünen stellt aus Sicht der Verwaltung keine Lösung dar. Eine Strukturänderung ist in diesem Vorschlag nicht enthalten. Er zementiert die Haustarifverträge. Es ist auch nicht nachzuvollziehen, wie bei einer Dynamisierung um 2 % ab dem Jahr 2016 eine Rückkehr zum Flächentarifvertrag erreicht werden kann, wenn gleichzeitig jährliche Tarifsteigerungen erfolgen sollen. Diese liegen derzeit über 2 %.

Aus Sicht des Theaters wird in dem METRUM-Gutachten eine zu geringe Finanzlücke angenommen. Tatsächlich ist diese Finanzlücke wesentlich größer. METRUM nimmt in seinen Gutachten auch an, dass eine Rückkehr zum Tarifvertrag erst 2020 erfolgt. Tatsächlich läuft der Haustarifvertrag aber Ende 2016 aus.

Zudem hat das Land bereits mehrfach abgelehnt, eine Dynamisierung vorzunehmen, ohne dass eine Strukturänderung erfolgt. Da der Gesamtzuschuss sowohl für den Westen als für den Osten von Seiten des Landes separat festgeschrieben wurde, wird ein eigenständiger Weg zudem davon abhängen, dass dann auch eine Lösung für die TOG gefunden werden müsste.

Aus Sicht der Verwaltung wird bevorzugt, eine Struktur zu finden, die dann auch in Zukunft von den Gesellschaftern voll ausfinanziert werden kann. Die Bürgerschaft hat sich dabei auch zur Rückkehr zu den Flächentarifverträgen im Letter of Intent bekannt.

Dembski